



HELVETIA LATINA: Bericht 2006 des Sprachenobservatoriums – Zusammenfassung

Allgemeine Lage

Gegenwärtig ist die Aufmerksamkeit ganz auf den Sprachunterricht an der Primarschule, namentlich auf die (Wieder-)Einführung des Schriftdeutschen sowie auf die Wahl der ersten Fremdsprache gerichtet. Erstaunt stellt man fest, dass die Auseinandersetzung in der Deutschschweiz völlig pragmatisch verläuft, während sie in der Westschweiz vor allem ideologisch geführt wird, mit Hinweis auf die Notwendigkeit, den nationalen Zusammenhalt zu bewahren.

Im Übrigen drängt sich die Frage auf, ob der seit zwei Jahren wahrgenommene starke Zustrom an deutschen Arbeitskräften bewirkt, dass vermehrt Schriftdeutsch statt Dialekt gesprochen wird, was die Kontakte zwischen Lateinern und Deutschschweizern erleichtert.

Das Parlament

Der Bundesrat bekräftigt, dass bezüglich Förderung der Mehrsprachigkeit der Status quo bestehe, und substanziell ist er der Ansicht, dass sich keine weiteren Verbesserungsmassnahmen aufdrängen. Die Mehrheit der lateinischen Parlamentarier ist bei Weitem nicht dieser Meinung und bleibt bei ihren Interventionen.

Die Bundesverwaltung

Das Eidgenössische Personalamt (EPA) für seinen Teil visiert ein Reihe von Massnahmen an, um die Förderung der Mehrsprachigkeit konkreter zu gestalten. Neben einer Verbesserung der Controlling-Instrumente ist vorgesehen, ein «Handbuch der Mehrsprachigkeit» herauszugeben sowie Massnahmen zugunsten der italienischen Sprachförderung zu ergreifen. Allerdings ist zu diesem Zeitpunkt noch keine dieser Massnahmen umgesetzt worden. Nach Ansicht der Sprachenbeobachter muss der Schaffung zuverlässiger statistischer Indikatoren Priorität eingeräumt werden, um mehr Transparenz zu gewährleisten und eine konkrete Überprüfung der Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung zu ermöglichen.

Was die anderen Bundesämter betrifft, sind keine Fortschritte zu verzeichnen. Ganz im Gegenteil, scheint doch die Förderung der Mehrsprachigkeit schlicht und einfach auf dem Altar der Budgeteinsparungen geopfert worden zu sein. Das Problem interessiert übrigens die leitenden Kader, namentlich die Deutschschweizer, verhältnismässig wenig. Die Weisungen des Bundesrates bezüglich Förderung der Mehrsprachigkeit werden gelegentlich zuungunsten der lateinischen Mitarbeiter ausgelegt; vorausgesetzt, dass sie die deutsche Sprache beherrschen, mutet man ihnen zu, sich mit dem Fehlen von Übersetzungen amt-sinterner Texte abzufinden und nimmt ihnen erst noch die Möglichkeit, Deutschkurse zu besuchen. Am meisten betroffen sind die Italienischsprechenden, zwingt man sie doch öfters, in einer oder gar zwei anderen Sprachen als in ihrer Muttersprache zu arbeiten, ohne Rücksicht auf die mit einer solchen Aufgabe verbundenen Schwierigkeiten.

Schlussfolgerungen

Die Sprachenbeobachter stellen fest, dass man dringend über verlässliche Instrumente zur Beurteilung der Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung verfügen und den Bundesämtern Minimalanforderungen auferlegen sollte, um den nicht-deutschsprachigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu ermöglichen, ihre Aufgaben den Weisungen des Bundesrates entsprechend zu erfüllen.

HELVETIA LATINA wird deshalb zugunsten einer wirkungsvollen und einheitlichen Anwendung der Weisungen des Bundesrates für die Förderung der Mehrsprachigkeit weiterhin Druck ausüben.